ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Die Redaktion der Zeitschrift "Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)"

Article
Editorial

Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)

Provided in Cooperation with:
Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Suggested Citation: Die Redaktion der Zeitschrift "Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)" (1983) : Editorial, Wirtschaft und Gesellschaft (WuG), ISSN 0378-5130, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Wien, Vol. 9, Iss. 1, pp. 3-

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/332108

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Editorial

Wie weit trägt ein Konjunkturaufschwung?

Wenn gewisse Anzeichen nicht trügen, dürfen wieder Hoffnungen geschöpft werden: der Kontraktionsprozeß des Welthandels scheint zum Stillstand gekommen zu sein; die diversen internationalen Finanzkrisen sind zumindest fürs erste entschärft; die Zinsen sind beträchtlich gesunken und dürften sich noch weiter talwärts bewegen; die Inflationsrate ist im internationalen Durchschnitt so niedrig wie seit einem Jahrzehnt nicht mehr; daß im Dezember 1982 im gesamten OECD-Raum mit 0,1 Prozent Preisanstieg die schwächste Bewegung seit 1965 registriert wurde, mag ein Zufall sein – er ist symptomatisch. Tatsächlich haben sich etliche Turbulenzen beruhigt, die Voraussetzungen für einen Aufschwung wären nicht ungünstig.

Die USA sind vorläufig das einzige Land, in dem das prognostische Grau in Grau durch freundlichere Farbtöne ersetzt wird. Man spricht von 3 bis 4 Prozent Wachstum für 1983. In Europa ist es noch nicht so weit, aber auch jenseits des Atlantik bleibt die Skepsis stark. Da wie dort befürchtet man, die Aufwärtsbewegung einzelner Indikatoren könnte sich – wie in den letzten Jahren wiederholt der Fall war – als kurzlebig erweisen und nach ein paar Monaten neuerlich einer Stagnation oder gar Talfahrt Platz machen. Anhaltend hohes Realzinsniveau, niedrige Kapazitätsauslastung, die das für einen selbsttragenden Aufschwung erforderliche „Anspringen" der Investitionen zweifelhaft erscheinen läßt, die Labilität der internationalen Währungs- und Finanzverhältnisse, auch die Überbeanspruchung des Kapitalmarkts durch das Budgetdefizit in den USA werden in diesem Zusammenhang angeführt. Einige weitere Jahre der Stagnation scheinen den Pessimisten keineswegs unwahrscheinlich.

Nicht nur unter den Ökonomen ist eine beträchtliche Polarisierung in den Einschätzungen der mittel- und längerfristigen Zukunftsperspektive der wirtschaftlichen Entwicklung eingetreten. Am einen Ende des Spektrums gibt es die nicht kleine Gruppe von Ökonomen, die die Abschwächung des Wirtschaftswachstums seit Mitte der siebziger Jahre als bloße Funktionsstörung betrachten. Nicht das Wachstumspotential habe sich vermindert, besagt diese Auffassung, sondern Friktionen, Inflexibilität und Starrheiten verhinderten in den Industriestaaten eine Ausschöpfung dieses Potentials wie in den fünfziger und sechziger Jahren. Auf einer derartigen Einschätzung beruht die Konzeption von der

„Großen Wende", sei sie nun anglo-amerikanischer oder deutscher Provenienz, die in exklusiver Weise auf Wachstum zur Überwindung der Krise setzt. Man müsse nur die Funktionsstörungen beseitigen, und dann geht es so weiter wie früher.

Die Position am anderen Ende des Meinungsspektrums ist schwerer auf einen einheitlichen Nenner zu bringen. Sieht man von jenem Typus von „Krisentheoretiker" ab, die schon immer mit jedem Konjunkturabschwung zumindest den Anfang vom Ende des Kapitalismus heraufdämmern sahen, so gibt es etliche Prognosen bzw. Szenarien, die aufgrund der genannten und zahlreicher sonstiger Bestimmungsfaktoren auch eine Stabilisierung der Konstellation insbesondere auf den Arbeitsmärkten für unwahrscheinlich halten und eine weitere Verschärfung des Beschäftigungsproblems auf die Industriestaaten zukommen sehen.

In dieser Polarisierung kommt die Schwierigkeit zum Ausdruck, die Entwicklung der letzten zehn Jahre im Hinblick auf ihre langfristige Bedeutung zu interpretieren, mit Sicherheit zu bestimmen, worin nun eigentlich die „Natur der Krise" bestehe.

Ein Vergleich der dreißigjährigen Prosperitätsphase nach dem Zweiten Weltkrieg mit einem säkulären Wachstumstrend läßt eine Problemstellung naheliegend erscheinen, in der primär die exzeptionell hohen Wachstumsraten der fünfziger und sechziger Jahre erklärungsbedürftig erscheinen und weniger die niedrigeren seit Mitte der siebziger Jahre, die durchaus dem säkulären Trend zu entsprechen scheinen. Die enorme Beschleunigung nach dem Zweiten Weltkrieg resultiert aus der Ausschöpfung eines ungenutzten Wachstumspotentials, das sich in den dreißiger Jahren und durch die Auswirkungen beider Weltkriege auf die Wirtschaft akkumuliert hatte. Dieses Potential war die Grundlage der hohen Wachstumsraten. In jenem Maße, in dem das Potential ausgenutzt wird, schwenkt die längerfristige Entwicklung wieder auf einen flacheren Trend ein. Dieses Einschwenken verläuft jedoch nicht ohne Friktionen und Störungen, d. h. es ist nicht a priori als sicher anzunehmen, daß die Ausschöpfung auch eines reduzierten Wachstumspotentials durch die innere Systemdynamik gewährleistet ist. Sieht man von in diesem Zusammenhang überwiegend als „exogen" zu betrachtenden Störungen wie die Ölpreisschocks ab, so treten beim Einschwenken auf einen niedrigeren Wachstumstrend beträchtliche Anpassungsprobleme auf, in deren Zentrum die Investitionsneigung steht: bei einem 4- bis 5prozentigen Wachstum ist die Investitionsquote höher als bei einem 2- bis 3prozentigen Wachstum. Der Anpassungsprozeß der Investitionsquote muß nicht notwendigerweise zu einem neuen Gleichgewicht

hinstreben, er kann auch über einen längeren Zeitraum vom Gleichgewicht wegführen als Folge einer kumulativen Abwärtsbewegung, die durch den Rückgang der Investitionsneigung ausgelöst wird.

Gegenwärtig deutet alles darauf hin, daß das letztere eingetreten ist, wobei die fehlgeschlagenen wirtschaftspolitischen Experimente in den USA und in Großbritannien nicht nur im eigenen Land, sondern weltweit die Lage verschlechtert haben. Die neoklassische Argumentation – die nicht monetaristisch sein muß – besagt nun, daß nur durch eine Verschiebung der relativen Preise der Produktionsfaktoren, d. h. durch eine Senkung der Reallöhne und eine Steigerung der Kapitalerträge, das Gleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt wiederhergestellt werden kann. So etwa argumentiert auch die Regierung der BRD, die sich eine Rückkehr zu möglichst hohen Wachstumsraten zum Ziel gesetzt hat.

Die praktischen Erfahrungen deuten jedoch darauf hin, daß eine solche Konzeption nicht aufgeht, da sie weder in den Zielsetzungen noch in den Methoden und Instrumenten realistisch ist. Der Konjunkturaufschwung, der hoffentlich nicht ein weiteres Mal ausbleiben wird, kann die gegenwärtige internationale Krisensituation entschärfen, die Erwartungen, die derzeit extrem pessimistisch sind, beleben, und auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt verbessern. Er wird jedoch kaum aus sich heraus eine Eigendynamik entfalten, welche die Weltwirtschaft wieder auf einen Expansionspfad bringt. Bei Beginn der nächsten Rezession wird die Arbeitslosigkeit auch im günstigsten Fall noch um einiges höher sein als beim Einsetzen der derzeitigen.

Die Lösung des Beschäftigungsproblems bei den Dimensionen, die es in den meisten Industriestaaten erreicht hat, würde eine kombinierte Strategie von Nachfragebelebung, deren einkommenspolitischer Absicherung und auch eine schrittweise Arbeitszeitverkürzung erfordern. So könnte über eine längere Periode hin die Anpassung an die gegenüber den fünfziger und sechziger Jahren geänderten Bedingungen bewältigt werden. Die Intentionen der verschiedenen Regierungen sind – wenngleich heute weniger kontradiktorisch als vor zwei Jahren – immer noch zu divergent, als daß ein derartiges Szenario für die Industriestaaten als Gesamtheit realistisch erschiene. Was die Gesamtheit könnte, ist dem isolierten, auf sich alleine gestellten Staat, umso mehr, wenn er ein Kleinstaat ist, oft nur in eingeschränktem Maß möglich.

So rational eine internationale „Konzertierte Aktion" auch erscheint, ihre Chancen auf Verwirklichung in absehbarer Zeit sind denkbar gering. Für Österreich bleibt nichts anderes übrig, als seine eigenen Möglichkeiten bis an die Grenzen auszunützen.